

„Dem Euro fehlt jetzt die Geschäftsgrundlage“

Gauweiler: Ein Zug, den man nicht aufhalten kann, ist ein Unglückszug

Der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler hat den wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags gebeten, zu prüfen, welche rechtlichen und völkerrechtlichen Schritte nötig wären, um in Deutschland die D-Mark wieder einzuführen. Wir sprachen mit ihm über die Situation nach der von den Regierungschefs beschlossenen Aufweichung des Euro-Stabilitätspaktes.

Herr Gauweiler, wollen Sie wirklich, dass Deutschland aus der Euro-Zone aussteigt?

Gauweiler: Ich bin gegen Denkverbote. Politik besteht aus der Möglichkeit, Alternativen durchdenken zu können.

Wenn Deutschland unter einer späteren, konservativ geführten Bundesregierung den Euro aufkündigt, wäre das ein Erdbeben, wie es Europa seit dem Krieg nicht mehr erlebt hat.

Gauweiler: Mir gefällt das Bild vom Euro als abgefahrenen Zug, der nicht mehr aufgehalten werden kann, überhaupt nicht: Ein Zug, den man nicht aufhalten kann, ist ein

Unglückszug. Tatsache ist, dass die Änderung des Stabilitätspaktes, also seine faktische Aufkündigung, eine Reform zum Schlechteren darstellt. Mit dem Infragestellen der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft wird der Abschaffung der D-Mark die Geschäftsgrundlage entzogen. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass dem deutschen Wahlpublikum versprochen worden ist, dass der Euro nicht zuletzt dank dieses Stabilitätspaktes so stabil wie die D-Mark sein werde.

Sie haben den Euro schon vor seiner Einführung als Esperanto-Geld bezeichnet...

Gauweiler: Dieser Begriff sollte die Gefahr der Bindungslosigkeit und Künstlichkeit eines solchen Vorhabens zum Ausdruck bringen.

Sehen sie sich heute in ihren damaligen Befürchtungen bestätigt?

Gauweiler: Mit der Währungsunion wurden der Bun-



Peter Gauweiler

Foto: Klaus Haag

desbank ihre Befugnisse als Stabilitätshüterin entzogen. Die neu geschaffene Europäische Zentralbank EZB nimmt die Aufgaben der alten Bundesbank nicht mehr wahr. Vor allem kann sie sich nicht gegen die Tagespolitik durchsetzen. Aber dass das Zurechtbiegen der Währungs-Verträge so schnell Schule macht, das stellt alle Befürchtungen in den Schatten.

Die von Deutschland zu tragenden einigungsbedingten Sonderlasten, die den Pakt jetzt sprengen,

haben Waigel und Kohl maßgeblich mitzuverantworten, weil sie die deutsche Einheit auf Pump finanziert haben...

Gauweiler: Die aktuellen Probleme sind hausgemacht und demzufolge rot-grüner Natur. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Gerade Theo Waigel hat sich entsetzt darüber gezeigt, wie schnell und rücksichtslos der von ihm konzipierte Stabilitätspakt über den Haufen geworfen wurde.

Glauben Sie, dass es in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU Sympathie für Ihren Vorschlag gibt?

Gauweiler: Ob Sympathie im politischen Apparat besteht, weiß ich nicht. Aber dass diese Alternative – Rückkehr zur D-Mark – im Kopf jedes einzelnen denkenden Menschen greift, dessen bin ich mir sicher. Um dazu Fakten auf den Tisch zu bekommen, wie es gehen könnte, habe ich das Gutachten beim wissenschaftlichen Dienst in Auftrag gegeben.

■ **Das Gespräch führte Georg Anastasiadis.**